

Ein neuer Vertrag für Europa

Jacques Delors zeigt, in welche Richtung die weitere Integration der Union gehen sollte.

Nach den Europawahlen ist es notwendig zu entscheiden, wohin Europa gehen soll – auch im Hinblick auf die Wahl des Kommissionspräsidenten, der sich auf eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat und eine Mehrheitsfraktion im Parlament stützen können sollte. Drei Themen scheinen sich hier aufzudrängen:

1. Von der Troika zu einem Dreiklang aus stimulierendem Wettbewerb, stärkender Kooperation und einigender Solidarität: Der Wachstumspakt von Juni 2012 muss gestärkt werden. Dazu gehören Strukturreformen in den Staaten, die Öffnung nationaler und europäischer Märkte, aber auch finanzielle Eingriffe durch die EU.

Die Anpassungen und Reformen der vergangenen Jahre ermöglichen es, den Weg zum Ausgleich zwischen „Sparen und Wachstum“ weiterzugehen. Dazu gehört eine intelligente Anwendung des Fiskalpakts unter Berücksichtigung des Konjunkturzyklus genauso wie eine europäische Finanzierung von Forschung, Bildung und Innovation sowie von staatsübergreifender Infrastruktur auf den Feldern Energie, Umwelt und Kommunikation. Der EU-Haushalt, die Europäische Investitionsbank, Projektanleihen, nationale und gemeinsame Finanzierung – das alles muss jetzt mobilisiert werden, um die europäische Unterstützung für Wachstum und Beschäftigung zu unterstreichen.

Auch andere symbolische Initiativen sollten umgesetzt werden, beginnend mit der Bankenunion, die Exzessen auf dem Finanzsektor vorbeugen und die Finanzierung der realen Wirtschaft verbessern wird, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen. Die EU sollte auch Steuervermeidung und -betrug stärker bekämpfen, da sonst die Sparerwartungen an die Staaten und Bürger noch unakzeptabler wirken. Schließlich sollte die EU die Wirt-



PR [M]

schafts- und Währungsunion vollenden. Hierzu könnte ein Konvergenzfonds gebildet werden, der Staaten Mittel für strukturelle Reformen zur Verfügung stellt und als Versicherung zur Vorbeugung von Konjunkturschwankungen in der Euro-Zone wirkt. Er könnte auch zur Ausgabe von Euro-Bonds ermutigen.

2. Von der europäischen Nabelschau zur Globalisierung: Hinter uns liegt eine Phase, in der alle Kraft in die Lösung der Euro-Krise geflossen ist – auf Kosten der

Herausforderungen, denen sich ganz Europa zu stellen hat. Aber schon die Russland-Ukraine-Krise und Syrien zeigen, dass sich Europa international stärker engagieren muss.

Es gibt viel, was ganz oben auf die europäische Agenda gehört: die Schaffung einer „europäischen Energiegemeinschaft“ gegen Klimawandel und äußere Abhängigkeit; eine Strategie für mehr Solidarität bei der illegalen Zuwanderung, etwa durch die Gründung europäischer Grenzschut-

gleichzeitig aber mehr legale Einwanderung, weil Europa älter wird; Selbstbehauptung im Handel und bei Normen als Antwort auf große Schwellenmächte, einschließlich offensiver Verhandlungen mit den USA; weitere Anstrengungen zur Kontrolle von Finanzexzessen, insbesondere durch die Finanztransaktionssteuer; bessere Koordination der Antwort auf die Terrorbedrohung etwa im Sahel oder in Syrien.

3. Vom zudringlichen zum Europa mit Gesicht: Vielen erschien Europa in den vergangenen Jahren als sehr aufdringlich, besonders in den „Programmländern“, aber auch wegen detailverliebter Normen, die schlecht erklärt wurden und Ablehnung hervorriefen. Hier ist das Signal notwendig, dass sich die EU künftig auf die vorrangigen Aktionen beschränkt.

Die EU sollte künftig eher mit großen Projekten wie der Verhinderung von Ungleichgewichten, sozialer Entwicklung und Umweltschutz oder der Verteidigung europäischer Werte in der Globalisierung in Verbindung gebracht werden, verkörpert durch Projekte wie die Bankenunion oder die Europäische Energiegemeinschaft. Dazu gehören auch Gesichter von Handelnden, was mehr Transparenz voraussetzt, intensive Dialoge, aber auch die Verkörperung durch die Bürger selbst, die Freizügigkeit genießen und mehr demokratische Möglichkeiten nutzen, wie etwa das Recht, Bürgerinitiativen zu gründen.

Derartige Richtungsentscheidungen sollten zwischen den Präsidentschaftskandidaten, den Ratsmitgliedern und den Mehrheitsfraktionen des Parlaments diskutiert werden. Dabei könnte es zu einem Vertrag für die Legislaturperiode kommen. Das gäbe der EU und ihren Bürgern eine Perspektive bis 2019, die sie mehr denn je benötigen.

Der Autor war Präsident der EU-Kommission. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

4 Wochen lesen,
35 % sparen und
Geschenk sichern!



Jetzt bestellen unter:

Online: angebot.handelsblatt.com/minianzeige

Telefon: 0800. 000 20 53, Code: H-0SY1K1

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

*10 € nur €34,90.

BUSINESS-WETTER 24.06.

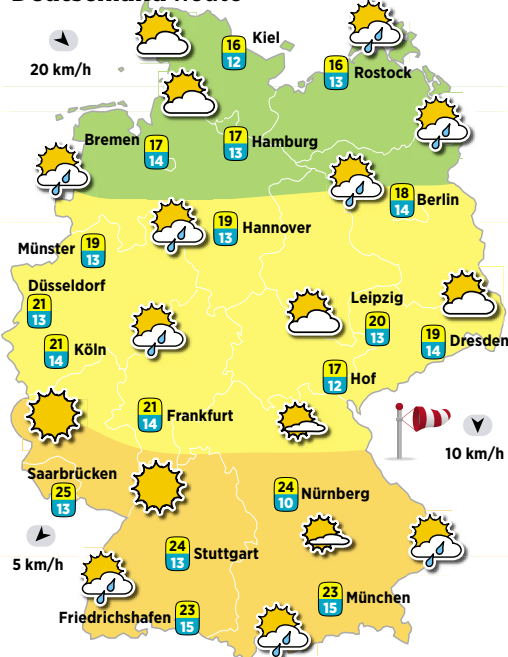
HEUTE: Oft bewölkt mit Schauern und Gewittern

Der **VORMITTAG** verläuft im Norden bewölkt mit Schauern, in der Mitte sonnig und am Alpenrand regnerisch. -- **IM TAGE** **GESVERLAUF** wechseln in der Nordhälfte Sonne und Wolken und es ziehen gewittrige Schauer durch. Im Rhein-Mainland, Franken und Niederbayern ist es sonnig, wechselhaft mit Regenschauern und Gewittern ist es dagegen in Alpennähe. -- Der **WIND** weht im Norden mäßig aus West bis Nord, sonst nur schwacher Wind. -- In der **NACHT** gehen im Norden und Osten weitere Schauer nieder.

Aussichten

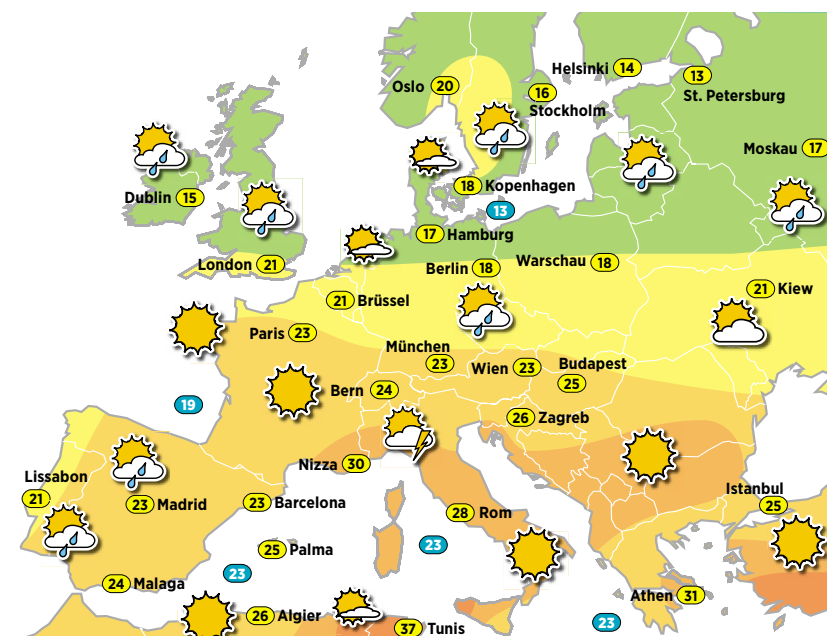
	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Norden	12° 20°	12° 21°	11° 23°
Mitte	13° 19°	12° 22°	14° 23°
Süden	13° 19°	9° 21°	11° 25°

Deutschland heute



Welt

Amsterdam	17°
Bangkok	31°
Buenos Aires	12°
Chicago	22°
Genf	27°
Hongkong	28°
Johannesburg	16°
Kairo	35°
Kapstadt	21°
Los Angeles	31°
Mailand	30°
Manila	29°
Mexiko Stadt	21°
Miami	29°
New York	24°
Peking	33°
Prag	20°
Stockholm	16°
Tokio	23°
Washington	31°
Wien	23°
Zürich	25°



unter 0 um 0 um 5 um 10 um 15 um 20 um 25 um 30 um 35 über 35
Handelsblatt | Mehr Wetter unter www.handelsblatt.com/wetter | Quelle: wetter-deutschland.com